

## Pressemitteilung

### Thüringer Bauverbände fordern Wirtschaftswende: "Vorrang für die Modernisierung des Standortes Thüringen"

Auch im Internet abrufbar: [www.bauindustrie-mitte.de](http://www.bauindustrie-mitte.de)

Erfurt, 25.02.2025

Die Vorstände des der Landesgruppe Thüringen des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen e.V. (BIV) und des Verbandes baugewerblicher Unternehmer Thüringen e.V. (VbU) haben sich am Montag zu einer gemeinsamen Sitzung auf Schloss Ettersburg bei Weimar getroffen. Im Mittelpunkt der Beratung standen die schwierige ökonomische Lage der Thüringer Branche und die instabile politische Situation in Bund und Land.

Im Jahr 2024 gingen, so die aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes, die Umsätze im Bauhauptgewerbe Thüringen im Vergleich zum bereits sehr schwachen Jahr 2023 noch einmal um 1,3 Prozent zurück, im Wirtschaftsbau um 6,6 Prozent, Wohnungsbau sogar um 21 Prozent. Nur die positiven Zahlen im öffentlichen Bau haben ein noch schlechteres Ergebnis verhindert. Allerdings liegen die Auftragseingänge im Dezember 2024 im Vergleich zum Vorjahrjahresmonat um 32,5 Prozent im Minus, im Straßenbau um 26,4 Prozent; die Aussichten sind also auch hier negativ.

"Die Thüringer Bauwirtschaft schaut vor diesem Hintergrund mit großer Sorge auf den prekären Thüringer Landeshaushalt und die knappen kommunalen Vermögenshaushalte. Die Verbände erwarten, dass die Baubranche als Pfeiler eines Wachstumskonzepts für Thüringen signifikant gestärkt wird: mit einem durchsetzungsfähigen und kreativen Bauressort in der Landesregierung und einem stabilen mittel- und langfristigen

Investitionsprogramm", fasst Burkhard Siebert, Geschäftsführer des BIV, die intensive Beratung zusammen: Öffentliche Vergaben müssten zudem zügig erleichtert, verschlankt und beschleunigt werden, der Preis dürfe bei der Vergabe nicht die einzige Rolle spielen. "Wir hoffen vor allem, dass die neue Landesregierung bereits im Haushalt 2025 den weitsichtigen Mut hat, Prioritäten erkennbar neu zu setzen, sich auf eine eindeutige Wirtschafts- und Industriepolitik konzentriert und in Infrastruktur, Schulbau und die technologische Forschungslandschaft investiert", so Kevin Vogel, Vorsitzender des VbU: "Und wir gehen davon aus, dass Landesregierung ihr Bekenntnis zur Tarifbindung bei den Vergaben beachtet."